

Oktober 1986

Ortsverein
Hiltrup

HILTRUP

HEUTE und MORGEN

Die Bilanz der Regierung Kohl ist nach drei Jahren nicht nur in Meinungsumfragen niederschmetternd.

Der hohe Dollarkurs und damit verbundene umfangreiche deutsche Exporte, nun auch der Zusammenbruch des Ölpreises haben in wichtigen Bereichen unserer Wirtschaft für eine Belebung gesorgt. Die Regierung tut bis heute überhaupt nichts, um die verbesserte wirtschaftliche Lage zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu nutzen.

Das Durchpeitschen der Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz zeigt, daß die Kohl-Regierung die Wirtschaftskrise und die unveränderte Massenarbeitslosigkeit zum Abbau von Arbeitnehmerrechten und zur Schwächung von Gewerkschaften nutzen will. Die CDU hat mit dieser Politik gegen Arbeitnehmerinteressen ihren Anspruch, Volkspartei zu sein, aufgegeben.

In der Sicherheitspolitik übertrifft die Bundesrepublik Deutschland alle Bündnispartner an Ergebenheit gegenüber der Politik von Präsident Reagan. Zur deutschen Beteiligung am Krieg der Sterne wurden Geheimverträge abgeschlossen, die dem deutschen Parlament und der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten wurden.

Im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein haben die Wähler dieser Politik eine Abfuhr erteilt. In ihrer Not, und um tiefgreifende Konflikte in den eigenen Reihen zu vertuschen, wird nun in der Kohl-Regierung die Losung ausgegeben, daß das Regieren in Bonn bis zur Bundestagswahl eingestellt werden soll. Anstehende Entscheidungen über unpopuläre Vorhaben wie eine Verschlechterung des Betriebsverfassungsgesetzes und das Durchpeitschen weiterer

Sicherheitsgesetze sollen vertagt werden.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Unser Land kann sich eine Regierung, die in Tu-Nix-Manier auf Tauchstation gehen will, nicht leisten! Die Probleme der Massenarbeitslosigkeit, der anhaltenden Umweltzerstörung sowie wachsender internationaler Spannungen verlangen energische Maßnahmen. Die SPD ist bereit, sie zu ergreifen:

- * mit ihrem Programm Arbeit
- * und Umwelt zur Schaffung
- * von Arbeitsplätzen,
- * mit ihrem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit,
- * mit ihrem Konzept der defensiven Verteidigung und der Einführung atom- und atomwaffenfreier Zonen in Mitteleuropa,
- * mit ihrem Plan, längerfristig Arbeitslosen und älteren Menschen mit kleinen Renten durch Einführung einer sozialen Mindestsicherung ein menschenwürdiges Leben ohne Sozialhilfe zu ermöglichen.

Wir brauchen den Wechsel in Bonn, Johannes Rau verdient unser aller Vertrauen!

Wolf-Michael Catenhusen, MdB

Frauenbüro

Seit über 10 Jahren ist das Thema Gleichberechtigung von Mann und Frau in aller (Frauen?)-Munde. Frauenorganisationen unterschiedlichster Richtungen, Verbände, Gewerkschaften und Parteien befassen sich damit. Vielen liegt daran, die Gleichberechtigung ein Stück weiter voranzutreiben. Vielen, bis auf die CDU. Sie hatte bis in die jüngste Vergangenheit hinein mit der vielschichtigen Problematik dieses Themas kaum, oder besser gesagt, garnichts zu tun. Bis sie dann feststellen mußte, daß ihr die Wählerinnen scharenweise davonliefen, bzw. die Wahlen durch Fernbleiben boykottierten. Bei der letzten Landtagswahl in NRW wählten z.B. nur 21% der Frauen zwischen 25 und 34 Jahren die CDU.

Verluste sind schmerzhaft und zwingen zum Nachdenken (oder gar Umdenken?), will man die Frauen als Wählerinnen wiedergewinnen. Das Nachdenken hat offensichtlich auch in der Münsterschen CDU stattgefunden. In der ersten Ratssitzung nach der Sommerpause wurde von ihnen ein Antrag zur Einrichtung eines Frauenbüros eingebracht. Die SPD hat den Antrag seit 1984 (Kommunalwahl) schon zweimal eingebracht. Das erste Mal hat die CDU-Mehrheit das Frauenbüro energisch abgelehnt. Das 2. Mal (30.10.1985) hat sie die Entscheidung darüber vertagt. Der Antrag der SPD ist bislang nicht abschließend beraten worden.

Das Frauenbüro soll, laut SPD-Antrag, mit dem Ziel eingerichtet werden, auf kommunaler Ebene Gleichstellungsprobleme aufzuzeigen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Die Gleichstellungsstelle soll u.a. folgende Aufgaben wahrnehmen:

1. Durchführung von regelmäßigen Sprechstunden für Bürgerinnen und Bürger.

2. Kontaktpflege zu Verbänden, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Unternehmen, Arbeitsverwaltung und allen gesellschaftlich relevanten Gruppen und Einrichtungen mit dem Ziel, die Situation der Frauen durch Anregungen, Verhandlungen und Vermittlungsbemühungen gegenüber den jeweils Verantwortlichen zu verbessern.

3. Erstellung eines Frauenberichtes für Münster, der regelmäßig fortzuschreiben und dem Rat vorzulegen ist.

4. Kritische Würdigung von Ausschuß- und Ratsvorschlägen unter Gleichstellungsgesichtspunkten und ggf. Einbringung von Änderungs- oder Alternativvorschlägen.

5. Einbringung eigener Empfehlungen, die die Gleichstellungsbemühungen der Stadt fördern und vorhandene Diskriminierungen abbauen helfen.

Soweit unser Antrag, der wie gesagt am 30.10.1985 vertagt wurde.

Innerhalb eines Jahres hat die CDU einen solch rapiden Lernprozeß durchgemacht, daß auch sie nun meint, ein Frauenbüro für Münster sei dringend erforderlich. Münster wäre dann die letzte Großstadt in NRW, die eine solche Gleichstellungsstelle für Frauenfragen einrichtet. Als besondere Kuriosität hat die CDU in ihrem Antrag stehen, daß auch ein Mann als Leiter des Frauenbüros in Frage kommt. Damit wäre Münster dann allerdings nicht die letzte, sondern die erste Großstadt in NRW, die dies ermöglichen würde. Absolutes Novum!

Wenn der Rat den Antrag positiv beschließt, soll das Büro übrigens schon zum 01.01.1987 eingerichtet sein.

Merken Sie was, liebe Leserinnen und Leser?

Am 25.01.1987 ist Bundestagswahl!

Henni Hohage ist Mitglied der SPD-Ratsfraktion der Stadt Münster und arbeitet im Ortsverein Hilstrup seit langem intensiv mit. Spezialitäten sind u.a.:
HILSTRUP und FRAUENPOLITIK



Der Bebauungsplan 256 "Hilstrup - Marktallee/Westfalenstraße" Teilbereich I gab in der langen Phase der parlamentarischen Beratung immer wieder Anlaß zu Diskussionen und Auseinandersetzungen. Die SPD hat diesen Bebauungsplan in seiner jetzigen Form abgelehnt, und wir meinen aus guten Gründen! Inzwischen wurde er im Rat von den Mehrheitsfraktionen verabschiedet und die ersten Auswirkungen an der Marktallee machen sich bemerkbar. Das erste Abrißobjekt ist das Haus Marktallee 62. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann es dem Bagger zum Opfer fällt. Da das Haus im Bebauungsplan "überplant" ist und Bestandsschutz hat, gibt es keinerlei Möglichkeiten, dies zu verhindern, es sei denn, es hätte einen Investor, der bereit wäre, es liebevoll zu restaurieren und der Nachwelt zu erhalten. Den hat dieses Haus aber leider nicht. Die SPD hat immer wieder darauf gedrungen, auch dieses Haus unter Schutz zu stellen, leider ohne Erfolg. Die Neubaupläne des Investors sehen vor: Im Erdgeschoß 4 Läden mit 35 - 90 qm Verkaufsfläche, im 1. Obergeschoß 2 Arztpraxen (92 und 96 qm), im 2. Obergeschoß 1 Praxis (94 qm) und eine Wohnung (60 qm) sowie im 3. Obergeschoß 2 Wohnungen (56 und 64 qm). Auf dem Grundstück steht jetzt ja nicht nur das schöne, alte Haus (- wohl inzwischen etwas verwahrlost, weil es seit über 2 Jahren leersteht!!! -), sondern es gibt auch einen alten Baumbestand, z. B. die ca. 100 Jahre alte Blutbu-

Marktallee 62

che, für deren Erhalt sich viele Bürgerinnen und Bürger eingesetzt haben. Allerdings ist mir von dem persönlichen Einsatz des Herrn Krüssel von der CDU nichts bekannt. Laut WN vom 12.8. dieses Jahres will er sich -eigenen Aussagen zufolge- bereits im Zuge der Diskussion um den Bebauungsplan für den Bestand der Buche eingesetzt haben...

Den Antrag, den Baum als Naturdenkmal auszuweisen, stellte der Naturschutzverband Münster. Dieser Antrag ist vom Gartenbauamt abschlägig beschieden worden, da nach dem Landschaftsgesetz nicht die Voraussetzungen für ein Na-



turdenkmal gegeben seien. Die Buche sei zwar erhaltenswert, aber kein Naturdenkmal.

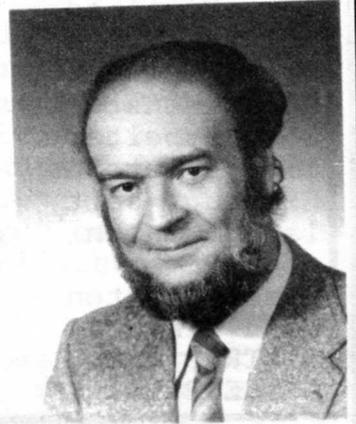
Können S I E sich vorstellen, wie die Blutbuche bei der vorliegenden Neubauplanung - ohne Schaden zu nehmen - erhalten bleibt???

In der WN schrieb eine Leserbriefschreiberin am 28. Juni zu dieser Thematik: "Noch ist es nicht zu spät, das Haus mit dem alten Baumbestand, der mit Sicherheit bei einer Neuplanung nicht zu retten wäre, steht noch - und ich bin sicher, in diesem Haus ließen sich ebenso komfortable Praxen und Geschäftsräume unterbringen wie in einem Neubau - nur nicht so viele!"

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Wir haben Herrn Klemens Hampe gebeten, die Arbeit des Sozialdienstes St. Clemens in Hilstrup zu beschreiben, dessen Leiter er ist.

Sozial aus christlichem Selbstverständnis



Wenn der Sozialdienst eine Einrichtung einer christlichen Gemeinde sein soll, muß sich das in der Arbeitsweise zeigen. Es ergeben sich meiner Meinung nach folgende Grundsätze:

Der Sozialdienst der Pfarre
St. Clemens ist für alle da!

1. Grundsatz

Das bedeutet in der Praxis, daß wir keinen Menschen abweisen. Es ist unwichtig, ob er katholisch, evangelisch oder aus der Kirche ausgetreten ist, ob er in unseren Pfarrgrenzen wohnt, ob er Deutscher ist oder Ausländer.

Dieser Standpunkt wird nicht unwidersprochen bleiben. Selbst Mitglieder des Kirchenvorstandes, die die Ausgaben des Sozialdienstes prüfen, nehmen hier Anstoß.

Hinter den Bedenken steht oft die ebenso unchristliche Frage: "Reicht es dann noch für unsere Armen in unserer Pfarrgemeinde?"

Bei akuten Hunger gaben wir im vorigen Jahr über 100 Lebensmitteleinkaufscheine aus, weit über 100 Menschen wurden eingekleidet, über 300 Haushaltungen erhielten ganze Zimmereinrichtungen, über 70 Familien einmalige finanzielle Zuwendungen. Das alles ist nur möglich, weil die Gemeindeglieder im Jahr für diese Caritasarbeit fast 50.000,-- DM spenden und die Mitarbeiter des Sozialbüros fast 100.000,-- DM bei der Stadt und dem Land als Zuschüsse beantragten. Wenn es im Einzelfall trotzdem nicht reicht, schreiben wir Stiftungen an oder sprechen mit Gönnern des Sozialdienstes. Wenn das Möbellager

fast leer ist, keine Babywäsche mehr da ist, füllen Aufrufe in den Informationen der Pfarre oder der Ortspresse die Lager wieder auf.

Hier sind unsere Grenzen noch längst nicht erreicht. Hätten wir z.B. 10 Caritassammler mehr, brauchten nicht Wohnbezirke unbesammelt zu sein - Verlust über 500 DM. Außerdem zeigen uns die Sperrmülltage, wieviel "Brosamen von den Tischen der Reichen" nicht die Bedürftigen erreichen, sondern in die Mülldeponie nach Coerde kommen.

Die Grenzen materieller Hilfen liegen ganz wo anders. Es soll nur aus monemtaner Not geholfen werden mit dem Ziel, die Eigenkräfte des Betroffenen zu entwickeln, zu aktivieren. Dauerhilfe würde zur Erlahmung eigener Möglichkeiten führen. So geben wir "Katastrophenhilfe und Hilfe zur Selbsthilfe". Ein Arbeitsprinzip, was auch aus der Entwicklungsarbeit im Weltmaßstab bekannt ist. Unsere schwierigste Aufgabe ist, zu entscheiden, ob direkte materielle Hilfe im Einzelfall notwendig ist oder ob man besser "einen Spaten kauft", damit er seinen Garten selbst besser bearbeiten kann, um so mehr ernten zu können.

Der Sozialdienst der Pfarre
St. Clemens fühlt sich für alle
persönlichen Probleme zuständig.

2. Grundsatz

Keiner wird im Sozialbüro abgewiesen, weil das Problem zu kompliziert erscheint oder zu viel Arbeit macht. In jedem Fall sind wir erste Anlaufstelle. In vielen Fällen können wir mit dem Instrumentarium des Sozialdienstes helfen. Aber unsere Helfer-Tastatur ist noch viel größer. Wir pflegen eine gute Zusammenarbeit mit den Fachleuten in den unterschiedlichsten Beratungsstellen. Aus der Gemeinde haben sich "Mitarbeiter im Hintergrund" zur Verfügung gestellt, die auf den unterschiedlichsten Ämtern beruflich tätig sind, z.B. Rechtsanwälte und Ärzte, Bankkaufleute und aus den unterschiedlichsten Branchen Handwerker, Versicherungsspezia-

* listen und Pädagogen, sowie Juristen. Daneben stehen die Mitarbeiter, die sich für pflegerische u. a. Einsätze, für Babysitterdienste und als Lernhilfen zur Verfügung stellen.

Diese große Bereitschaft, die unserer Einrichtung entgegengebracht wird, ermöglicht uns erst die o.g. Überheblichkeit auszusprechen.

Dieses Mitarbeiterheer kommt auch nicht nur aus unserer Kirchengemeinde, nicht einmal nur aus Hiltrup. Wichtig ist, daß sie alle in dieser eindeutig firmierten Einrichtung mitarbeiten wollen und positive Arbeit leisten.

Der Sozialdienst der Pfarre
St. Clemens sucht keine Schuld
bei dem Einzelnen.

3. Grundsatz

Uns steht es nicht zu, über andere im persönlichen Bereich zu urteilen oder sogar zu verurteilen. Z.B. lehnen wir selbstverständlich Diebstahl u.a.m. ab, aber den Dieb nehmen wir auf wie jeden anderen Menschen. Formulierungen wie "Die sind doch selbst schuld" passen nicht zu unserer Arbeitsweise.

Das liegt auch daran, daß man immer nur Teile einer Lebensgeschichte erfährt, nie das Ganze, das Innere eines Menschen begreift, seine Erziehung, seine Umwelteinflüsse, seine Anlagen und Fähigkeiten.

* Ebenso problematisch ist der Gebrauch des Wortes "faul". Wenn man jahrelang arbeitslos ist, oder nie einen Arbeitsplatz bekommen hat und selbst keinen Ersatz gefunden hat, kann man Eigenschaften wie Pünktlichkeit, Intensität und Ausdauer verlieren. Es scheint mir sowieso ein fragwürdiges Unternehmen zu sein. eine Leistungsgesellschaft sein zu wollen und mehr als 10% der Bevölkerung die Möglichkeit, Leistung zu zeigen, entzieht.

Kein Mensch, der zu uns kommt, ist "selbst schuld" oder "faul".

Der Sozialdienst der Pfarre
St. Clemens geht zunächst davon
aus, daß jeder die Wahrheit sagt.

4. Grundsatz

Wenn jemand in einer persönlichen Angelegenheit Rat sucht, wird er die Situation in seiner Sicht schildern. Da aber dann das beschuldigte Amt, der Ehemann, der Vermieter auch gehört werden, ent-

* steht immer ein etwa wahrheitsgetreues Bild der Situation.

Fällt jemand in der Kleiderkammer oder in dem Möbellager auf, daß er zuviel "gebrauchen" kann,

Wiederholung auszuschließen. Das kann nur mit Tatsachen geschehen.

Bargeld wird in keinem Fall gegeben. Es werden lediglich nicht aufschiebbare Forderungen z.B. dann wird mit ihm eine Liste aufgestellt von den Dingen, die er im letzten Jahr erhalten hat und welchen Bedarf er noch hat. Außerdem wird ihm deutlich gemacht, praktisch gezeigt, wieviel Menschen auch etwas haben wollen. Das hat bisher die wenigen, die es betraf, auch ohne böse Worte überzeugt.

Da pro Haushalt im Jahr nur 3 Lebensmitteleinkaufscheine ausgegeben werden und das nur in Katastrophensituationen, muß eine solche beschrieben werden, um sie bekämpfen zu können oder um eine

wegen drohender Zwangsäumung o. ä. direkt beglichen. Zu solchen Darlehen werden Abzahlungstermine ausgemacht. Da Sozialhilfeempfänger nicht pfändbar sind, sind das meist Verträge auf Vertrauen. Zur Ehrenrettung der Bedürftigen muß unterstrichen werden, daß sie mit ein bis zwei Ausnahmen im Jahr ihre Versprechen einhalten. Im Gegensatz dazu weiß ich von Handwerkern, daß sie oft jahrelang auf die Bezahlung von Rechnungen warten, bei nicht so armen Menschen.

Ich danke der SPD in Hilstrup, daß ich hier einmal die Chance hatte, ausführlich Vorbehalte gegenüber der Caritasarbeit abzubauen. Hoffentlich ist mir das etwas gelungen.
Klemens Hampe

Neu in der BV



Mein Name ist Reinhard Betker. Ich bin 38 Jahre jung/alt (?). Aufgewachsen und zur Schule gegangen bin ich in Schwaben. Seit 10 Jahren wohne ich mit meiner Familie in Münster, davon 5 Jahre in Hilstrup. Beruflich mußte ich mich flexibel zeigen. Nach einem Studium der Politikwissenschaften (Abschluß als Diplompolitologe) bot der Arbeitsmarkt kaum Chancen. Durch Zufall kam ich 1978 zum Sauerstoffwerk Westfalen und bin dort seitdem als kaufmännischer Angestellter beschäftigt. Ebenfalls 1978 trat ich in die IG Chemie ein und bin dort seit 6 Jahren als Betriebsrat und Vertrauensmann aktiv. Mitglied der SPD wurde ich 1972 und habe - bedingt durch Wohnortswechsel - in Ortsvereinen in Stuttgart, Berlin und Münster mitgearbeitet.

Reinhard Betker

Werden auch SIE politisch aktiv ...

indem SIE sich mit unserem Ortsverein in Verbindung setzen, um Mitglied zu werden und mitzuarbeiten. Wir sind keine riesige anonyme Gruppe, sondern ein kleiner aktiver Kreis, in den Sie schnell aufgenommen werden. Ersten telefonischen Kontakt erhalten Sie beim Vorsitzenden Willi Lohmann unter Nummer 1 63 50 oder durch Ansprache der Genossen am SPD-Stand.

Wir Sozialdemokraten brauchen Menschen, die nicht nur zusehen wollen, wie Natur und Umwelt zerstört

**werden.
Wenn Du mehr tun willst, dann: Tu was - mit der SPD.**

Aus der BV ist Sigrid Liebe-Lohmann ausgeschieden. Ihr Platz wird von

REINHARD BETKER

eingenommen. Er stellt sich nebenan kurz vor.

Frau Liebe-Lohmann bleibt in der SPD aktiv!



Mir stinkt es!

Die geplanten Maßnahmen (Profil-aufweitung und Bepflanzung) sind zwar nicht verkehrt und zur bisherigen Politik in Münster mit Sicherheit ein Fortschritt. Doch reichen sie bei weitem nicht aus. Ein weiterer Punkt des Wasserwirtschaftskonzept war die Renaturierung von Gewässern. Hierbei ist für die Hiltruper besonders der Emmerbach interessant. Das ist wohl auch beim hierfür zuständigen Tiefbauamt bekannt, denn es wurde ein Rahmenplan in Aussicht gestellt, der aber noch einige Zeit auf sich warten lassen wird, da das Anfertigen solcher Pläne viel Zeit in Anspruch nimmt.

Das Aufstellen von Rahmenplänen zur Renaturierung von Gewässern wird von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster schon seit langem gefordert, doch bei den hiesigen Mehrheitsverhältnissen haben Forderungen der SPD bei der Münsterschen Verwaltung leider wenig Gewicht.

So ergibt sich nun die unglückliche Situation, daß ein Rahmenplan erstellt wird, nachdem schon Einzelmaßnahmen erfolgt sind. Das heißt, daß sich dieser Rahmenplan nach den schon fertiggestellten Maßnahmen richten muß, während doch sinnvollerweise zuerst ein Gesamtkonzept erstellt werden sollte, aus dem heraus dann nach und nach einzelne Abschnitte verwirklicht werden könnten.

Doch hierfür ist es nun zu spät. Die Verschmutzung des Emmerbachs erfordert sofortige Maßnahmen, denn es ist schon viel zu lange damit gewartet worden.

Auf der Sitzung der Bezirksvertretung Hilstrup am 18.06.1986 wurde das neue Wasserwirtschaftskonzept beraten. Ein Punkt hierbei waren die "Maßnahmen zur Verbesserung und Vergleichmäßigung der Reinigungsleistung der Kläranlage der Firma BASF".

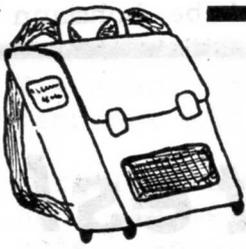
Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme, die wahrscheinlich schon lange fällig war, nur wurde den Bürgern und Politikern auf ihre besorgten Fragen zu diesem Klärwerk nicht nur von Seiten des Werkes, sondern auch von Seiten der zuständigen Ämter wiederholt geantwortet, daß die Kläranlage bei BASF vollkommen ausreichend sei und einwandfrei funktioniere.

Ich bin davon überzeugt, daß keine, immerhin mit erheblichen Kosten verbundene Verbesserung der Kläranlage vorgenommen würde, wenn es nicht triftige Gründe dafür, also Mängel an dieser Anlage gäbe.

Und da fühle ich mich allerdings als Bürgerin und als Politikerin ganz schön auf den Arm genommen und irgendwie hinters Licht geführt.

Wie soll ich denn noch Vertrauen in Ämter und Firmen setzen, wenn deren Auskünfte schon nach kurzer Zeit von ihnen selber widerlegt werden?

 * HERAUSGEBER: **SPD** -Ortsverein Hilstrup Loddenweg 11 *
 * MITHERAUSGEBER: -Fraktion der Bezirksvertretung *
 * REDAKTION: Jürgen Wimber + (verantw.) Jürgen Schraeder * 7000Ex. *



Schulanfang

Beate Grundig ist seit 20 Jahren Lehrerin an einer Grundschule. Heute soll sie wieder eine i-Männchen-Klasse übernehmen.

Schon früh morgens wacht sie mit einem Krabbeln im Bauch auf. Sie freut sich auf die neuen Kinder, sie mag Kinder, aber sie hat auch etwas Angst.

Werden die Kinder sie mögen? Wird sie es schaffen, daß sie gerne zu ihr in den Unterricht kommen?

Und dann die Eltern! Werden sie zufrieden mit ihr sein?

Als Beate Grundig schließlich vor ihrer neuen Klasse steht und in 25 erwartungsvoll auf sie gerichtete Augenpaare schaut, da erkennt sie in den kleinen Gesichtern die gleiche Angst, Freude und Aufregung, die auch in ihr selber ist.

Sie lacht und beschließt, etwas zu tun, das sie noch nie getan hat. Sie erzählt den Kindern, wieviel Angst sie selbst heute morgen hatte, und worauf sie sich am meisten freut.

Da ist das Eis gebrochen und während jedes Kind von sich erzählt, werden die Schultüten aufgemacht und der Inhalt brüderlich und schvesterlich mit der Lehrerin geteilt.

